

**Beschlossene Anträge der 123. Landesdelegiertenkonferenz der LSV NRW
vom 2. bis 4. November 2018 im Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick**

Beschlossene Anträge an das Grundsatzprogramm

GP1 - Umformulierung Landesverfassung

Im Absatz 2. Recht auf allgemeine Bildung soll der letzte Satz, „Wir sehen diese Punkte als veraltet an und fordern die Streichung.“ ersetzt werden durch:

„Da nach Ansicht der LSV NRW diese Punkte schon immer falsch waren fordern wir, deren Umformulierung: „Ehrfurcht vor Gott“ soll umformuliert werden in „Akzeptanz aller Religionen“; „Liebe zu Volk und Heimat“ in „Offenheit und Toleranz gegenüber allen Menschen“.“

GP3 - Wahl der Abiturfächer

Folgender Text soll unter Punkt III. In der Schule als neuer Punkt 5. Abiturfächer eingefügt werden:

“Seit 1973 (Oberstufenreform) gibt es eine permanente Konterreform mit der die (Ab-)Wahlfreiheit immer weiter eingeschränkt wird. In einigen Bundesländern ist die Wahlfreiheit schon weitgehend abgeschafft, auch NRW steuert in diese Richtung. Dies zeigt ein generelles Misstrauen gegenüber Schüler*innen und Lehrkräften und einen allgemeinen Kontrollzwang. Wir fordern das Gegenteil: Jede*r Schüler*in soll ihre*seine Interessen und Fähigkeiten im Abitur einbringen können.

Daher fordern wir, dass in den vier Abiturfächern jeder der drei Aufgabenbereiche abgedeckt werden soll. Das vierte Prüfungsfach kann frei gewählt werden. Weitere Vorgaben gibt es nicht.

Dafür muss die Schule sicherstellen, dass ab mindestens sechs Schüler*innen ein LK eingerichtet wird. Pro angefangenen 15 Schüler*innen, soll die Schule dazu verpflichtet werden einen weiteren Kurs einzurichten. Die Kooperation von Schulen in diesem Punkt befürworten wir.

Für Schüler*innen, die zwei Fächer aus dem Bereich Sport/Musik/Kunst ins Abitur einbringen möchten, kann das fünfte Abiturfach eine Lösung sein.

Außerdem fordern wir, dass wenn eine*e Schüler*in zu Beginn der Qualifikationsphase zwei Fächer eines Aufgabenbereiches belegt, andere Fächer aus diesem Bereich abgewählt werden können (z.B. Mathematik, wenn Informatik und Biologie belegt werden).”

GP6 - Bundeswehr

Die 123. LDK möge beschließen, das Grundsatzprogramm in Punkt V den folgenden Text als neuen §2. Bundeswehr einzufügen.

Die LSV NRW fordert die Annullierung des Kooperationsvertrages (2012) zwischen dem damaligen Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr.

Dieser Vertrag beschreibt das Recht von Jugendoffizieren der Bundeswehr, Jugendlichen an Schulen in NRW Deutsche Außen- und Militärpolitik nahe zu bringen. Dabei besagt der

Kooperationsvertrag, Jugendoffiziere dürften nicht "für Tätigkeiten in der Bundeswehr werben. Die Bundeswehr hat allerdings ein erhebliches Eigeninteresse daran, junge Menschen anzusprechen und für den militärischen Dienst anzuwerben. Etwa die Social-Media-Kampagnen, wie zum Beispiel der YouTube-Kanal „Bundeswehr Exclusive“, sind genau darauf ausgelegt, eine sehr junge, empfängliche Zielgruppe anzusprechen. Darin wirkt die Bundeswehr meist wie ein großes Abenteuer, das begeistert und für den militärischen Dienst wirbt. So auch die Plakat Kampagne „Mach was wirklich zählt“ seit 2015, für die der Staat 10,6 Millionen Euro ausgegeben hat. Und das während allgemein bekannt ist das es im Bildungsbereich überall an Geld Mangel.

Jugendoffiziere sind spezielle Soldat*innen, die für den Nachwuchs der Bundeswehr zuständig sind. Während diese an Schulen über die Sicherheitspolitik Deutschlands aufklären, „informieren“ Karriereberater*innen auf Job-Messen über den Dienst an der Waffe. Dabei nehmen sie bewusst in Kauf das Minderjährige sich für den Wehrdienst entscheiden.

Die Jugendoffiziere sind speziell in der Imagepflege der Bundeswehr geschult. Durch ihre rhetorische Überlegenheit kann es ihnen ein Leichtes sein, gerade sehr junge Menschen für die Methoden und Strategien der Bundeswehr zu begeistern und militärische Konfliktlösungen unausweichlich wirken zu lassen. Obwohl an Schulen ein ausdrückliches Werbeverbot besteht, erhalten die Jugendoffiziere die Möglichkeit zu beschönigen, verfälschen, manipulieren, indoktrinieren.

Der im Kooperationsvertrag festgehaltenen Empfehlung zu Veranstaltungen der Bundeswehr auch eine Friedensorganisation einzuladen, wird in der Regel nicht nachgekommen. Selbst wenn dies geschieht kann eine Friedensorganisation nicht mit der vom Staat gut finanzierten Bundeswehr mithalten, da sie kaum hauptamtlich arbeiten.

Wer aus einem derart ausgeprägten Eigeninteresse heraus handelt, kann kaum objektiv und wertfrei zu Friedensgesinnung animieren und Strategien zum Friedenserhalt diskutieren. Vielmehr stellt ein solcher Einfluss der Bundeswehr auf die Schüler*innen NRWs eine Gefahr für die wertfreie Meinungsbildung dar.

Für eine friedensorientierte Erziehung muss die Bundeswehr aus unseren Klassenräumen verschwinden!

Beschlossene Resolutionen

R2 - Brot und Rosen statt dornige Chancen! - Gegen Wirtschaft als Pflichtfach

Resolution:

Wir sprechen uns gegen die geplante Einführung des Pflichtfachs Wirtschaft aus. Wir fordern, dass die Schule mehr ist als ein Ort, der uns auf den Arbeitsmarkt vorbereitet, um für die Wirtschaft nützlich zu sein. Die Schule soll auch ein Ort sein, an dem wir darüber nachdenken können, was uns in der Welt stört und wie wir sie verändern wollen. Die Pläne der Landesregierung laufen darauf hinaus, Wirtschaft als einen großen Haufen spannender Chancen darzustellen, die man nur ergreifen muss – und wer das nicht schafft, hat es eben auch nicht verdient. Das sehen wir anders!

Die deutsche Wirtschaft produziert große soziale Ungleichheiten zwischen den Menschen: Manche müssen ihr Leben lang arbeiten gehen und bekommen einen Lohn, der gerade mal zum Überleben reicht, andere werden reich geboren und können andere für sich arbeiten lassen. Frauen und Männer, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Ausländer*innen und Deutsche haben ganz unterschiedliche Chancen, wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Und schon die Schule entscheidet durch die Selektion nach der 4. Klasse, durch Noten von 1 bis 6 und durch bessere und schlechtere Abschlüsse, dass manche von uns am Ende mehr und andere weniger verdienen – selbst wenn sich alle gleich viel Mühe geben!

Wir sollten lernen, wie wir zusammen an der Zukunft arbeiten, um die sozialen und internationalen Probleme lösen zu können, statt den Wettbewerb schon in der Schule zu etablieren. Wir sollten uns ein eigenes Bild über das Wirtschaftssystem machen können. Wir fordern deshalb statt dem neuen Fach „Wirtschaft“ eine Vertiefung der wirtschaftskritischen Betrachtung im Fach Sozialwissenschaften, bei der die Behandlung folgender Fragen im Vordergrund stehen sollte: Warum gibt es in dieser Gesellschaft immer Gewinner*innen und Verlierer*innen? Warum sterben Menschen an Hunger, obwohl viel mehr Lebensmittel hergestellt werden, als nötig sind, um alle zu ernähren? Wie entstehen Löhne und warum verdienen manche viel und andere wenig? Warum sind Bildung und Arbeit wie ein Wettbewerb organisiert? Welche gesellschaftlichen Veränderungen sind nötig, um allen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihren eigenen Fähigkeiten und Bedürfnissen nachzugehen ohne damit anderen einen Platz wegzunehmen? Wir wollen solidarisch miteinander leben und lernen!

Beschlossene Arbeitsaufträge

A1 - Wirtschaft als Schulfach

Dem APO soll an passender Stelle folgendes hinzugefügt werden:

Wirtschaft als Schulfach

Der Landesvorstand soll die Entwicklungen zur Einführungen des Pflichtfachs Wirtschaft verfolgen, dagegen Stellung beziehen und aktiv dazu arbeiten. Anstelle dessen soll sich die LSV NRW für die Stärkung und Verpflichtung des Fachs Sozialwissenschaften/Politik einsetzen.

A3 - Massageworkshop

Auf der 124. LDK soll es ein kurzes Inputreferat zum Thema Massieren geben. Ziel ist eine kurze Auflockerung während der Arbeitsphasen.

Es handelt sich hierbei ausdrücklich nicht um einen Arbeitsauftrag an den Landesvorstand, sondern soll von interessierten Menschen, die sich dafür interessieren ausgeführt werden.